

die Hilfe für eine verstärkte landwirtschaftliche Produktion unter den Bauern organisieren.

### **Gemeinsam mit den Bauern Beschlüsse und Durchführung beraten**

Genauso notwendig ist es, die Meinung der Bauern zu hören, um durch gemeinsame Beratung mit ihnen Beschlüsse zu fassen. Die erfolgreiche Erfüllung dieser Beschlüsse setzt dann wiederum enge Zusammenarbeit zwischen Staatsfunktionären und werktätigen Bauern voraus. Die richtige Durchführung der Beschlüsse darf nicht nach der Zahl der Versammlungen, Beratungen und Entschlüsse schlechthin bewertet werden, sondern ist in erster Linie nach der Planerfüllung, also in Tonnen zu messen. Das muß der Ausdruck und das Ergebnis unseres politischen Kampfes sein. Daher ist die politische Anleitung stets mit den wirtschaftlichen Aufgaben zu verbinden.

Im Kreis Bernburg werten die Genossen die Maßnahmen zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion in engster Verbindung mit der Erfüllung der Erfassungs- und Aufkaufpläne aus. Die Erfüllung dieser Pläne nehmen sie als Ausgangspunkt zur Untersuchung und Beseitigung von Fehlern und Mängeln in der Produktion. So wurde in der Gemeinde Baalberge der Ministerratsbeschluß vom 10. März 1955 sehr gründlich mit den Bauern beraten und im Ergebnis der Dorfwirtschaftsplan ergänzt. U. a. wird durch die Ausnutzung der vorhandenen Reserven der Viehbestand in der Gemeinde um 250 Schweine, 30 Schafe, 10 Rinder und 400 Hennen über den Plan hinaus erweitert.

Ebenso sollen durch die Anwendung weiterer Neuerer Methoden die Hektarerträge erhöht und die Produktivität der Viehwirtschaft teilweise beträchtlich gesteigert werden. Bei diesen Beratungen in der Gemeinde Baalberge wurde gleichzeitig festgelegt, wieviel Erzeugnisse aus den erhöhten Erträgen an den Staat frei verkauft werden. Es handelt sich hierbei um 173 000 l Milch, 242 200 Stück Eier und 800 dz Getreide. Auch damit wurde der Dorfwirtschaftsplan ergänzt. In dieser Gemeinde wurde der erste Schritt richtig getan. Hier haben Funktionäre und Bauern gemeinsam beraten. Nun kommt es darauf an, daß durch das Gemeindeparlament dieser Beschluß kontrolliert wird und die Kollegen des Staatsapparates und die politischen Funktionäre den demokratischen Kräften im Dorf dabei helfen und sie anleiten.

Es gibt eine große Initiative unter unseren Werktätigen in den Dörfern, leider kann sie sich noch nicht immer voll entfalten, weil es eine ungenügende Zusammenarbeit aller staatlichen Institutionen und Massenorganisationen gibt. So haben etwa 40 Prozent aller<sup>5</sup> Bauern im Kreis Delitzsch zur Durchführung des Ministerratsbeschlusses vom 10. März 1955 konkrete Verpflichtungen zur Steigerung der Produktion und zum erhöhten freien Verkauf abgegeben.

Anstatt diese positive Entwicklung bewußt zu fördern und die Initiative auf eine noch breitere Grundlage zu stellen, wurden die abgegebenen Selbst Verpflichtungen beim Kreisverband der VdgB (BHG) einfach abgehftet. Den Bauern konnte daher bei der Erfüllung ihrer selbstgesteckten Ziele nicht geholfen werden, weil z. B. die Erfasser/Aufkäufer, Erfassungsstellenleiter, Molkereileiter usw. davon keine Kenntnis hatten. Ein solches Verhalten untergräbt die Initiative der Bauern und schädigt das Bündnis.

### **Die Kreis- und Gemeindeparlamente müssen mehr Verantwortungsbewußtsein zeigen**

Ein besonders schwerwiegender Fehler ist es, die Entwicklung auf dem Lande dem Selbstlauf zu überlassen. Der Rat des Kreises J e s s e n hatte sich bis 8. Juni